



Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland

Ergebnisse einer Strukturdatenerhebung
in 564 Städten und Gemeinden

Prof. Dr. Reinhard Fatke
Matthias Niklowitz
Dr. Jürg Schwarz
Uta Strothotte
Melanie Stutz

| BertelsmannStiftung

Überblick

Die Initiative "mit**Wirkung!**" der Bertelsmann Stiftung will die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen stärken und nachhaltig verankern. Voraussetzung dafür ist eine Analyse der gegenwärtigen Partizipationssituation junger Menschen in Deutschland. Zur Vorbereitung einer solchen groß angelegten Studie (in rd. 40 Städten und Gemeinden) ist im Jahr 2004 eine Voruntersuchung (Basiserhebung) in 564 Kommunen durchgeführt worden. Die kommunale Landschaft in Deutschland konnte damit hinsichtlich Größe, Struktur und regionaler Verteilung sowie in Bezug auf die vorhandenen Partizipationsformen zutreffend abgebildet werden.

Aus den über die Erhebung gewonnenen Daten ergibt sich ein erster Überblick zur Partizipationssituation junger Menschen. Demnach haben knapp 80% aller befragten Städte und Gemeinden Angebote geschaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche aktiv an kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf projektorientierten Partizipationsformen: gut 66% aller befragten Kommunen bieten solche Beteiligungsprojekte an.

Auch der bereits bestehende Professionalisierungsgrad in der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene zeigt, dass viele Kommunen das Ziel haben, die Interessen von jungen Menschen verstärkt zu berücksichtigen. Etwa 44% aller befragten Kommunen verfügen über eine/n hauptamtliche/n Beauftragte/n für Kinder und Jugendliche.

Dem stehen jedoch die zumeist geringen Ressourcen für Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen gegenüber. Mehr als die Hälfte aller befragten Städte und Gemeinden stellen weniger als 5.000 Euro im Jahr für Partizipationsangebote zur Verfügung, der meist genannte Wert liegt sogar unter 1.000 Euro.

Ein weiterer Befund ist, dass es offensichtlich keinen Zusammenhang zwischen der Finanzkraft einer Kommune und der Mittelausstattung von Beteiligungsangeboten gibt. Die Einschätzung, "reiche" Kommunen seien eher bereit, Mittel für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen als "ärmere", kann durch die Basiserhebung nicht bestätigt werden.

Vielmehr scheint das Engagement einer Kommune im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation eng mit den sozialen Problemlagen vor Ort verknüpft zu sein. Bei einer Analyse der erhobenen Strukturdaten "Arbeitslosenquote" und "Anteil jugendlicher Ausländer" einerseits und der Anzahl der kommunalen Beteiligungsangebote andererseits zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang: Je höher die Arbeitslosigkeit und der Anteil jugendlicher Ausländer in einer Kommune sind, umso größer ist auch die Anzahl der Beteiligungsangebote. Damit liegt die Vermutung nahe, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen von vielen Kommunen als wichtiges Instrument zur Verbesserung sozialer Teilhabechancen genutzt wird.

1. Ausgangslage

Die Bertelsmann Stiftung hat unter der Bezeichnung **“mitWirkung!”** eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung gestartet. Die Initiative hat zum Ziel, dass sich mehr junge Menschen aktiv und informiert in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einbringen. Aus dieser übergeordneten Zielsetzung werden folgende Teilziele abgeleitet:

- Herstellung von Transparenz über die gegenwärtige Partizipationssituation junger Menschen (Ist-Analyse)
- Identifizierung von Good-practice-Beispielen zur strukturellen Absicherung von Beteiligung in Kommunen
- Entwicklung von Strategien für die Aktivierung junger Menschen und Schaffung von Referenzmodellen für vorbildliche Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen eines Modellprojektes
- Nachhaltige und flächige Verankerung von Kinder- und Jugendpartizipation durch Transfer der Projektergebnisse

Alle Teilziele der Initiative **“mitWirkung!”** sind darauf ausgerichtet, öffentliches Bewusstsein für die Notwendigkeit der Beteiligung junger Menschen zu schaffen.

Grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung wirksamer Strategien zur Aktivierung junger Menschen und zur nachhaltigen Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen ist eine umfassende Analyse der Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen. Dabei geht es nicht so sehr um eine rein beschreibende Bestandsaufnahme der Partizipationsangebote auf kommunaler Ebene einerseits und des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen andererseits, sondern vielmehr um die Identifizierung von Bedingungen, die der Partizipation förderlich bzw. hinderlich sind.

Zu diesen Bedingungen gehören neben den in der Kommune vorhandenen Strukturen (Größe, Finanzkraft, Partizipationsangebote und -dichte usw.) und den Partizipationserfahrungen, welche junge Menschen in ihrer Familie, in der Schule und im Freizeitbereich bereits gemacht haben und noch machen, weitere Einflussfaktoren. In einem vielschichtigen (Mehrebenen-) Modell müssen diese Bedingungen zusammengebracht und auf das tatsächliche Partizipationsverhalten der Kinder und Jugendlichen übertragen werden – und dies in einem Vergleich zwischen unterschiedlichen Kommunen.

Die erste Aufgabe, die sich daraus für die Analyse der gegenwärtigen Partizipationssituation ergab, bestand in der Bildung einer Stichprobe von ca. 40 deutschen Städten und Gemeinden. Diese Zahl ist unter forschungsökonomischen Gesichtspunkten vertretbar und erlaubt, ein hinreichendes Abbild der Partizipationssituation von jungen Menschen in Deutschland zu gewinnen und darüber hinaus mit den Städten und Gemeinden in einen Dialog zu treten. Zwischen diesen Städten und Gemeinden soll später ein Vergleich im Sinne eines **“Benchmarking”** möglich werden – nicht, um eine Rangordnung (**“Ranking”**) zu erstellen, sondern um die Möglichkeit zu schaffen, dass jede einzelne Kommune ihre eigenen Anstrengungen und Leistungen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung objektiv einschätzen und verbessern kann.

Die Auswahl der rund 40 Kommunen für die Stichprobe darf keinesfalls beliebig sein, sondern muss so erfolgen, dass sie wissenschaftlichen Kriterien der Stichprobenbildung genügt. Voraussetzung dafür wiederum ist eine hinreichend breite und differenzierte Kenntnis der Grundgesamtheit aller Städte und Gemeinden in Deutschland. Sekundärstatistisches Material dazu ist nur eingeschränkt verfügbar. Außerdem galt es, neben den Strukturdaten auch erste Angaben über das in den Städten und Gemeinden vorhandene Angebot an Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen zusammenzutragen. Deshalb erschien die Durchführung einer eigenen Basiserhebung als der beste Weg, hinreichend differenzierte Informationen über die Grundgesamtheit zu erhalten.

Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2004 auf der Grundlage einer Gesamtliste aller rund 14.300 Städte und Gemeinden in Deutschland eine Zufallsstichprobe von rund 2.200 gezogen. Dabei wurde eine Einteilung nach Einwohnerzahl vorgenommen und diese mit folgenden (internen) Bezeichnungen belegt (siehe dazu auch Tabelle 1): *Landstadt* (bis 5.000 Einwohner), *Kleinstadt* (5.000 bis 20.000 Einwohner), *Mittelstadt* (20.000 bis 100.000 Einwohner), *Großstadt* (100.000 bis 1 Mio. Einwohner) und *Millionenstadt* (über 1 Mio. Einwohner). Die rund 2.200 Städte und Gemeinden wurden angeschrieben mit der Bitte, auf einem vorbereiteten kurzen Fragebogen Angaben zu den wichtigsten Strukturdaten (z. B. Einwohnerzahl und -dichte, Steuereinnahmekraft, Anteil Einwohner unter 18 Jahren, Anteil Ausländer an der Bevölkerung usw.) sowie erste Angaben über vorhandene Partizipationsangebote zu übermitteln. Außerdem konnten die Kommunen vermerken, ob sie bereit bzw. interessiert sind, an der anschließend geplanten gründlichen Erhebung zur Analyse der Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen teilzunehmen.

Der Rücklauf war erfreulich hoch: 564 Kommunen schickten den ausgefüllten Fragebogen zurück, so dass die kommunale Landschaft in Deutschland hinsichtlich Größe, Struktur und regionaler Verteilung sowie hinsichtlich der vorhandenen Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung als zutreffend abgebildet gelten kann. Von diesen insgesamt 564 Städten und Gemeinden erklärten sich 315 interessiert und bereit, an der anschließenden gründlichen Erhebung teilzunehmen. (Allerdings muss diese, wie erwähnt, auf rund 40 Kommunen beschränkt werden.)

In dem hier vorliegenden Bericht wird eine Auswertung dieser Basiserhebung präsentiert, mit der die Städte und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, sich bundesweit einzuordnen. Im Folgenden werden – nach einer kurzen Charakterisierung der Datenlage – die Ergebnisse dargestellt und diskutiert, und zwar gegliedert nach Strukturdaten, Partizipationsangeboten und Ressourcen, bevor einige Zusammenhangsanalysen vorgenommen werden. Eine Zusammenfassung beschließt den Bericht.

2. Daten

Im Zentrum der Untersuchung standen verschiedene Angaben zur Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune, wie z. B. zu bestehenden Angeboten, vorhandenen Ressourcen usw. Der zweite Schwerpunkt der Befragung zielte auf die Erhebung von so genannten "Strukturdaten" ab. Als "Strukturdaten" bezeichnen wir alle Angaben zur Größe und Sozialstruktur der Städte und Gemeinden. Diese Daten dienen der besseren Einordnung der Befunde zur Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Fragebogenentwicklung war damit von folgender wichtiger Vorüberlegung geprägt: Offensichtlich findet Kommunalpolitik in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung nicht im luftleeren Raum statt, sondern sie spielt sich in konkret fassbaren Rahmenbedingungen ab.

Daher war es von Bedeutung, die geeigneten Parameter für die Erhebung der Rahmenbedingungen auszuwählen. Zu diesen gehört neben der Einwohnerzahl auch die Einwohnerdichte. Die Einwohnerzahl vermag als Indikator für die Zentrumsfunktion einer Kommune zu dienen und kann möglicherweise einen Erklärungsfaktor für den Problemdruck wie auch den Problemlösungsbedarf einer Kommune darstellen. Anhand der Einwohnerdichte lässt sich ablesen, dass Kommunen mit einer sehr dichten Struktur – im Vergleich zu Kommunen, deren Einwohner auf einer größeren Fläche verteilt leben – andere soziogeografische Rahmenbedingungen aufweisen.

Weitere Indikatoren sind die Anteile der Einwohner unter 18 Jahren und über 60 Jahren. Bei der ersten Angabe ist zu vermuten, dass in Kommunen mit einem höheren Anteil an unter 18-Jährigen ein größerer politischer Druck von Seiten der jungen Menschen in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung zu erwarten ist als in Kommunen mit einem niedrigeren Anteil an unter 18-Jährigen. Bei der zweiten Angabe ist anzunehmen, dass Städte und Gemeinden mit einem höheren Anteil an über 60-Jährigen mehr Ressourcen für die ältere Generation als für die jüngere aufwenden bzw. ein stärkerer Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden Generationen um die Ressourcen innerhalb der Kommune zu verzeichnen ist.

Die Fragen nach den Ausländer-Anteilen, den Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss und mit Hochschulreife sowie die Arbeitslosenquote sind als Hinweisgeber auf den sozialen Problemdruck innerhalb einer Kommune gedacht.

Durch die Erhebung der Steuereinnahmekraft wird schließlich versucht, den "Reichtum" der Einwohner, unabhängig von der Gemeindegröße, zu erfassen. Dagegen dürfte die Frage nach dem Budget für Kinder- und Jugendbeteiligung ziemlich stark an die Größe einer Kommune gekoppelt sein, d. h. große Städte und Gemeinden haben vermutlich größere Gesamtbudgets als kleinere Kommunen.

Vor dem Hintergrund dieser Vorüberlegungen hinsichtlich Auswahl der Fragen zu den Strukturdaten, werden im Folgenden die Ergebnisse dieser Erhebung dargestellt.

3. Ergebnisse

3.1 Strukturdaten

Die Strukturdaten der Städte und Gemeinden stellen wichtige Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendbeteiligung dar. Damit die in einem späteren Kapitel dargestellten Zusammenhänge zwischen diesen Strukturdaten und anderen Variablen verständlich werden, werden die Strukturdaten im Folgenden kurz erläutert. Dort, wo es sich anbietet bzw. möglich ist, werden die Angaben in Beziehung zum Durchschnitt der gesamten Bundesrepublik gesetzt.

Tabelle 1: Städteverteilung

	Anzahl Kommunen	Prozent
Landstadt (bis 5.000 E)	53	9,4%
Kleinstadt (5.000 – 20.000 E)	222	39,4%
Mittelstadt (20.000 – 100.000 E)	220	39,0%
Großstadt (100.000 – 1 Mio. E)	66	11,7%
Millionenstadt (über 1 Mio. E)	3	0,5%
Total	564	100,0%

Fast 40% der Kommunen, die sich an der Erhebung beteiligt haben, sind also Kleinstädte, und weitere knapp 40% sind Mittelstädte. – Die Größenklasse der kleinen Kommunen ("Landstadt") ist dabei unterrepräsentiert, die der großen Städte ("Groß- und Millionenstadt") überrepräsentiert, was aber dem Anliegen der Initiative "mit**Wirkung!**", nämlich letztlich übertragbare Modelle einer nachhaltigen Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland zu entwickeln, durchaus entgegenkommt.

Tabelle 2: Strukturdaten

	Mittelwert
Anteil Einwohner unter 18 Jahren	19%
Anteil Einwohner über 60 Jahre	24%
Anteil Ausländer an der Bevölkerung	7,4%
Anteil Ausländer unter 18 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung	8,1%
Steuereinnahmekraft je Einwohner (Euro)	562 Euro
Arbeitslosenquote im Bereich der Geschäftsstelle, zu der die Kommune gehört	10,1%

Anmerkung: Stichtag für die Strukturdaten war der 31.12.2003

Von den Kommunen, die Angaben zu dem Anteil von *Einwohnern unter 18 Jahren* gemacht haben, nennen 91% einen Anteil von 14%–24% an der Gesamtbevölkerung. Im Mittel weisen die Kommunen 19% auf. Diese Zahl liegt leicht über dem Mittelwert von 18,2% für das gesamte Bundesgebiet.

82,5% der befragten Kommunen nennen einen Anteil von *Einwohnern über 60 Jahren* von 15%–28%, wobei der Mittelwert der über 60-Jährigen bei 24% liegt. Im gesamtdeutschen Mittel liegt der Anteil der über 60-Jährigen bei 24,6%.

Der *Ausländeranteil* in den befragten Kommunen beträgt im Mittel 7,4% und liegt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt unter dessen Mittelwert von 8,9%. Demgegenüber ist der durchschnittliche *Anteil der Ausländer in der Altersgruppe der unter 18-Jährigen* in der Stichprobe mit 8,1% höher als in der entsprechenden Gruppe der Gesamtbevölkerung.

Der Mittelwert der *Steuereinnahmekraft pro Einwohner* beträgt 562 Euro in den Kommunen der Stichprobe. Im Bundesdurchschnitt liegt der Mittelwert bei 465,43 Euro. In der Stichprobe handelt es sich allerdings nicht um eine symmetrische Verteilung um den Mittelwert, denn mehr als jede zweite Kommune (57,6%) weist eine Steuereinnahmekraft von unter 600 Euro, 27% zwischen 600 Euro und 800 Euro und ca. 15% über 800 Euro auf. Aufgrund der ‚schiefen‘ Verteilung (das heißt: es gibt viele Kommunen mit geringer Steuereinnahmekraft und wenige Kommunen mit sehr hoher Steuereinnahmekraft) ist der Median als statistische Messgröße aussagekräftiger als der Mittelwert. Der Median ist die Mitte einer Verteilung, das heißt: genau die Hälfte der Fälle liegt unter dem Wert des Medians und die andere Hälfte über dem Wert des Medians. Der Median ist im Vergleich zum Mittelwert weniger empfindlich beim Vorliegen von Extremwerten und ist daher eine bessere Messzahl für sog. schiefe Verteilungen als der Mittelwert. Im Fall der Stichprobe liegt der Median bei 500 Euro. Dies bedeutet, dass die Steuereinnahmekraft pro Einwohner in 50% der Kommunen aus der Stichprobe unter 500 Euro liegt und in den restlichen 50% über 500 Euro.

Die *Arbeitslosenquote* in der Stichprobe liegt mit durchschnittlich 10,1% ungefähr im Bundesdurchschnitt (10,5%). In 60,7% der Kommunen liegt die Arbeitslosenquote unter 10% und in 39,3% über 10%.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Stichprobe dieser Basiserhebung in den meisten strukturellen Merkmalen dem Bundesdurchschnitt entspricht und die wenigen Abweichungen nicht gravierend sind. Damit ist eine gute Grundlage für die weiteren Auswertungen gegeben.

3.2 Partizipationsangebote

Tabelle 3: Gibt es in Ihrer Kommune besondere Formen der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene?

	Anzahl Kommunen	Prozent
Ja	379	67,2%
Nein	109	19,3%
Keine Angabe	76	13,5%
Total	564	100,0%

67,2% der insgesamt 564 befragten Kommunen geben an, eine besondere Form der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene zu haben. Ungefähr jede fünfte Kommune (19,3%) verneint diese Frage. (Von 13,5% der Kommunen liegen keine Angaben vor.)

Um zu erfassen, in welcher Form die Interessen von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene in den Kommunen vertreten werden, schlüsselt die nachfolgende Tabelle 4 sechs Typen der Interessenvertretung auf:

Tabelle 4: Anzahl Gemeinden, die folgende Formen der Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene aufweisen (Mehrfachnennung war möglich)

	Anzahl Kommunen	Prozent
Hauptamtliche(r) Beauftragte(r) für Kinder und Jugendliche	249	44,1%
Ehrenamtliche(r) Beauftragte(r) für Kinder und Jugendliche	103	18,3%
Punktuelle Arbeitsgruppe für Kinder und Jugendliche	132	23,4%
Ständige Kommission für Kinder und Jugendliche	47	8,3%
Eigenes Büro für Kinder und Jugendliche	103	18,3%
Andere Formen der Interessenvertretungen (z. B. Kinderanwalt, Kinderanhörungen, Kinderstadtpläne usw.)	298	52,8%

Knapp die Hälfte (44,1%) der befragten Kommunen hat hauptamtliche Beauftragte für Kinder und Jugendliche. Ehrenamtliche Beauftragte werden weniger als halb so oft (18,3%) genannt wie hauptamtliche Beauftragte, aber gleich häufig wie Büros für Kinder und Jugendliche (18,3%). In annähernd jeder vierten Kommune werden die Interessen von Kindern und Jugendlichen durch Arbeitsgruppen vertreten. Nur selten genannt werden Kommissionen für Kinder und Jugendliche (8,3%). Mehr als die Hälfte der Kommunen (52,8%) nennt die unter "anderen Formen" zusammengefassten Vertretungsformen wie Kinderanwalt, Kinderanhörungen, Kinderstadtpläne usw.

Tabelle 5: Gibt es in Ihrer Kommune Angebote für Kinder und Jugendliche, sich selbst aktiv an kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen?

	Anzahl Kommunen	Prozent
Ja	448	79,4%
Nein	36	6,4%
Keine Angabe	80	14,2%
Total	564	100,0%

Während 67,2% der Kommunen institutionalisierte Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene ausweisen (vgl. Tabelle 3), haben 79,4% der Kommunen Angebote für Kinder und Jugendliche, in denen diese sich selbst aktiv an kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Die Angebote für Kinder und Jugendliche, sich selbst aktiv in der Kommune zu beteiligen, wurden in sechs Kategorien aufgeteilt, wie dies in der nachfolgenden Tabelle 6 dargestellt ist:

Tabelle 6: Angebote für Kinder und Jugendliche, sich selbst aktiv an kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen (Mehrfachnennung war möglich)

	Anzahl Kommunen	Prozent
Projektarbeit für Kinder und Jugendliche	374	66,3%
Parlament für Kinder und Jugendliche	140	24,8%
Forum für Kinder und Jugendliche	132	23,4%
„Runde Tische“ für Kinder und Jugendliche	69	12,2%
Stadtteilrat für Kinder und Jugendliche	31	5,5%
Beteiligungsangebote aus anderer Trägerschaft	179	31,7%

Von den Beteiligungsmöglichkeiten hebt sich mit zwei Drittel der Nennungen (66,3%) die Projektarbeit für Kinder und Jugendliche deutlich ab. Mit jeweils ähnlichen Häufigkeiten sind in den 564 Kommunen Parlamente (24,8%) und Foren (23,4%) für Kinder und Jugendliche vertreten. „Runde Tische“ und Stadtteilräte für Kinder und Jugendliche werden nur selten angegeben. Fast jede dritte Kommune (31,7%) nennt Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche in anderer Trägerschaft.

Tabelle 7: Anzahl der Projekte

Anzahl der Projekte	Anzahl Kommunen	Prozent
0	1	0,2%
1	68	12,1%
2	66	11,7%
3	60	10,6%
4 bis 5	49	8,7%
6 bis 10	43	7,6%
11 bis 20	17	3,0%
21 bis 40	7	1,2%
41 und mehr	2	0,4%
Keine Angabe	251	44,5%
Gesamt	564	100,0%

Die Anzahl der Projekte in den Kommunen (Tabelle 7) weist eine Spanne von 1 bis 80 auf, wobei allerdings nur 55,5% der Kommunen diese Frage beantworteten. Die meisten dieser Kommunen, die Angaben gemacht haben (43,1%), geben 1–5 Projekte für Kinder- und Jugendbeteiligung an, und 7,6% der befragten Kommunen haben 6–10 Projekte. Der Anteil der Kommunen mit mehr als 11 Projekten ist sehr klein, denn nur 4,6% nennen eine Projektanzahl zwischen 11 und 80. Der Schwerpunkt liegt daher auf einer Projektanzahl von 1–5.

Tabelle 8: Beteiligungsangebote anderer Träger

Anzahl der Beteiligungsangebote anderer Träger	Anzahl Kommunen	Prozent
eine und mehr Nennungen	179	31,7%
keine Angabe	385	68,3%
Gesamt	564	100,0%

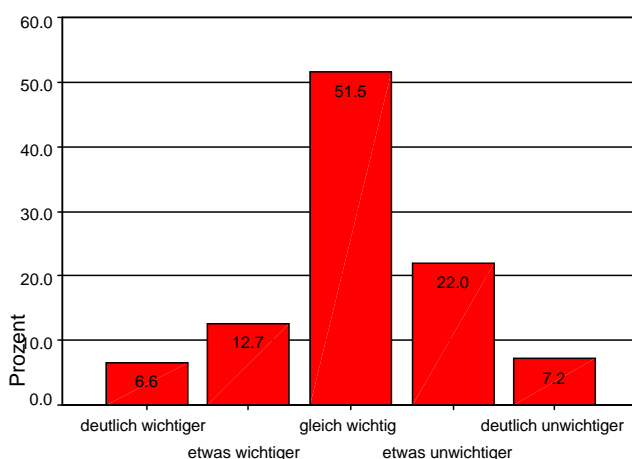
Wie Tabelle 8 zeigt, nennt fast jede dritte Kommune (31,7%) ein oder mehrere Beteiligungsangebot(e) für Kinder und Jugendliche aus anderer Trägerschaft, wie z. B. Vereine oder Kirchen. Demgegenüber nennen 68,3% der Kommunen keine Angebote, die von anderen Trägern unterstützt werden.

Tabelle 9: Schwerpunkt der Arbeit im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung (Mehrfachnennung war möglich)

	Anzahl Gemeinden	Prozent
Schwerpunkt auf projektorientierten Formen	391	69,3%
Schwerpunkt auf offenen Formen	161	28,5%
Schwerpunkt auf repräsentativen Formen	130	23,0%

Auch bei den Schwerpunkten zeigt sich ein deutlicher Akzent bei projektorientierten Formen; fast 70% der Kommunen nennen diese. Offene Formen (z. B. Foren) und repräsentative Formen (z. B. Parlamente) werden etwa gleich oft als Schwerpunkt genannt wie bei der Frage nach den Beteiligungsformen – ein Hinweis auf hohe Validität und Plausibilität der von den Städten und Gemeinden gelieferten Daten.

Welchen Stellenwert Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen einnimmt, wird anhand der folgenden Grafik 1 deutlich:

Grafik 1: Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung im Vergleich zu anderen Aufgabenfeldern

Stellenwert im Vergleich zu anderen Aufgabenfeldern

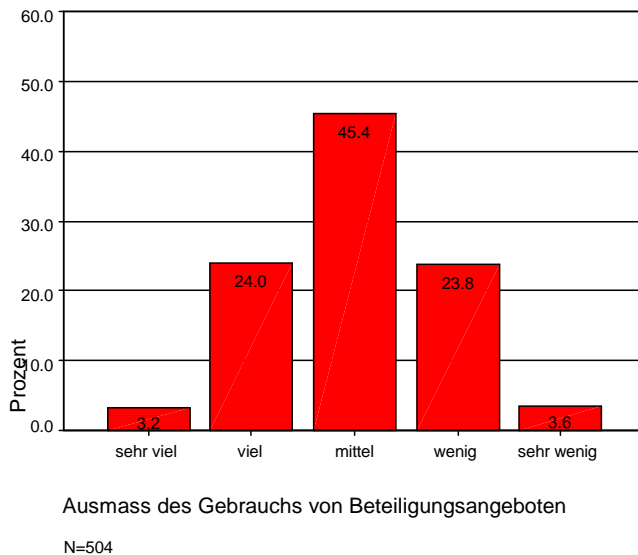
N=528

Von den 528 Kommunen (93,6%), welche die Frage nach dem Stellenwert der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadt bzw. Gemeinde im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgabenfeldern beantwortet haben, gibt etwa jede zweite Kommune an, dass dieser als etwa gleich wichtig eingestuft wird. Für rund je 7% dieser Städte und Gemeinden ist der Stellenwert deutlich höher oder deutlich geringer. Der Anteil der Städte und Gemeinden, die den Stellenwert als "etwas unwichtiger" bezeichnen, ist fast doppelt so hoch wie der Anteil der Städte und Gemeinden, für die der Stellenwert "etwas wichtiger" ist.

Mit den in der Basiserhebung gewonnenen Daten lässt sich allerdings nicht nachweisen, dass diese Angaben hinsichtlich des Stellenwerts auch einen deutlich erkennbaren Niederschlag in der Zuteilung von Ressourcen (Stellen und/oder Sachmitteln) für die Kinder- und Jugendbeteiligung hätten. Vielmehr ist dieser Zusammenhang nicht signifikant.

Auch in Bezug auf die Nutzung der kommunalen Beteiligungsangebote wurden die Kommunen befragt; hierzu antworteten 504 (89,4%) der befragten Städte und Gemeinden.

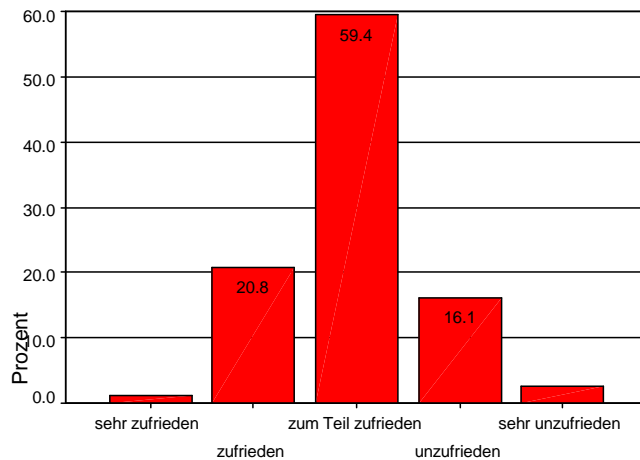
Grafik 2: In welchem Ausmaß machen die Kinder und Jugendlichen von den bestehenden Beteiligungsangeboten Gebrauch?



In 45,5% dieser Antworten wird die Nutzung der Angebote als "mittel" eingeschätzt. Etwa jede vierte Kommune beurteilt die Nutzung mit "viel" oder "wenig", und nur jeweils ca. 3–4% legen sich auf "sehr wenig" bzw. "sehr viel" fest.

Bei der Zufriedenheit mit der Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen in der Kommune insgesamt zeigt sich ebenfalls eine symmetrische Verteilung (siehe die nachfolgende Grafik 3). Hier entfallen aber fast 60% auf die mittlere Kategorie "zum Teil zufrieden". Knapp 21% der Kommunen, die diese Frage beantwortet haben (91,3%), sind "zufrieden", und 16,1% sind "unzufrieden" mit der Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen in ihrer Kommune.

Grafik 3: Wie zufrieden sind Sie mit der Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen in Ihrer Stadt insgesamt?



Persönliche Zufriedenheit mit der Partizipationssituation

N=515

Alle drei Verteilungen drücken eher subjektive Einschätzungen als objektive, sog. ‚harte‘ Fakten aus. Das ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: Erstens wäre bei diesen Fragen am ehesten ein Trend zu erwünschten Antworten, wie z. B. ein deutlich wichtigerer Stellenwert der Kinder- und Jugendpartizipation im Vergleich zu anderen Themen oder eine sehr intensive Nutzung, zu erwarten gewesen. Das ist – jedenfalls bei der gegebenen Verteilung – nicht erkennbar. Zweitens streuen die Zufriedenheit mit der Partizipation sowie die Einschätzung der Nutzung praktisch perfekt um den Mittelwert. Es sind damit kaum „sehr zufriedene“ bzw. „unzufriedene“ Städte und Gemeinden vertreten, mithin kaum Städte und Gemeinden, deren Vertreter davon ausgehen, dass bei ihnen bezüglich der Kinder- und Jugendpartizipation alles perfekt oder unzureichend ist. Schließlich könnte gerade die Frage nach der Einschätzung der Nutzung einen gemeinde- bzw. stadtinternen Handlungsdruck widerspiegeln. Auch hier ist die symmetrische Verteilung um den Mittelwert ein guter Hinweis, dass in der Stichprobe solche Gemeinden nicht überrepräsentiert sind und sämtliche Angaben – wie meistens in einer breiten Grundgesamtheit sowie in guten Stichproben – um den Mittelwert streuen.

3.3 Ressourcen

Viele Kommunen haben keine Angaben zu ihren Ressourcen im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung gemacht. Es ist schwierig, abzuschätzen, wie dieser Sachverhalt zu interpretieren ist. Einerseits kann es darauf hindeuten, dass keine Finanzmittel bzw. keine Stellen im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung in einer Kommune vorhanden sind. Andererseits aber kann dieselbe Nicht-Angabe auch schlicht bedeuten, dass die Kommune dazu keine Stellung nehmen möchte oder kann (z.B. wegen Nichtverfügbarkeit der entsprechenden Daten). Daher beziehen sich die folgenden Auswertungen lediglich auf Kommunen, die ein Budget bzw. Stellen für Kinder- und Jugendbeteiligung aufweisen.

54,1% aller Kommunen geben an, Finanzmittel für Kinder- und Jugendbeteiligung bereitzustellen. Über 50% der Städte und Gemeinden stellen ein Jahresbudget unter 5'000 Euro für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung während die anderen 50% der Kommunen 5'000 Euro und mehr zur Verfügung stellen. Der meistgenannte Wert beträgt 1'000 Euro.

Die Frage nach den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung wurde von 350 Kommunen (62,1%) beantwortet. Im Mittel wird von den Kommunen eine Vollzeitstelle für Fragen rund um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt. 80% aller Kommunen stellen zwischen 0,3 und 4 Vollzeitstellen für die Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung.

3.4 Zusammenhangsanalysen

Unter dieser Überschrift geht es um die Klärung der Frage, wie Strukturdaten, Kinder- und Jugendbeteiligungsangebote und Ressourcen untereinander zusammenhängen.

Tabelle 10: Zusammenhänge zwischen Strukturdaten und Angeboten der Kinder- und Jugendbeteiligung wie auch deren Nutzung

	Anzahl Projekte	Anzahl anderer Angebote	Anzahl Formen der Interessenvertretung	Ausmaß der Nutzung von Angeboten
Anzahl Einwohner	.49	.38	.13	.17
Anteil Einwohner unter 18 Jahren	-.23	-.15	n.s.	n.s.
Anteil Ausländer unter 18 Jahren	.30	.31	.16	.18
Steuereinnahmekraft	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Arbeitslosenquote	.27	n.s.	n.s.	n.s.

Alle vorgefundenen Zusammenhänge basieren auf der Spearman-Korrelation (Rangkorrelation). Es ist wichtig zu beachten, dass die Zusammenhänge **nicht kausal** sind! Beispielsweise weisen größere Städte ein zahlenmäßig größeres Angebot auf als kleinere Städte. Umgekehrt lässt sich auch sagen: Kommunen, die mehr Projekte anbieten, sind größer als solche, die weniger anbieten. Es lässt sich aber **nicht** sagen, dass, **weil** die Städte größer sind, es auch ein größeres Angebot gibt.

Je größer der Koeffizient (Zahl) ist, desto enger ist der Zusammenhang zwischen zwei Angaben. Ein negativer Koeffizient liest sich folgendermaßen: Je kleiner bzw. geringer etwas ist, desto größer ist das andere. Ein positiver Koeffizient bedeutet: Je größer etwas ist, desto größer ist das andere.

n.s. = nicht signifikant: Dies bedeutet, dass vorgefundene Zusammenhänge **zufällig** aufgrund der Stichprobe entstanden sind. Alle aufgeführten Zusammenhänge sind signifikant mit $p < 0.01$; das heißt: die Irrtumswahrscheinlichkeit (p), dass die Zusammenhänge zufällig entstanden sind, ist sehr gering bzw. kleiner als 1%.

Größere Städte haben tendenziell mehr Angebote an Kinder- und Jugendbeteiligung als kleinere Kommunen. Vor allem bei Projekten kristallisiert sich dieser Zusammenhang stärker heraus als bei stellvertretenden Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung, wie z. B. Kinder- und Jugendbeauftragte, wobei sich aber bei zunehmender Größe der Kommune das Ausmaß der Nutzung der Angebote nicht erhöht.

Anders sieht es mit der Höhe des Anteils der Einwohner unter 18 Jahren aus. Kommunen mit einem größeren Anteil an unter 18-Jährigen bieten weniger Projekte an als solche mit einem kleineren Anteil. Dieser Sachverhalt erscheint im ersten Moment als widersprüchlich, weil man erwarten würde, dass gerade die größere Zahl junger Menschen eine Kommune dazu veranlassen würde, ein zahlenmäßig reichhaltiges Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Doch führt man sich vor Augen, dass es gerade die größeren Städte sind, die im Vergleich zu kleineren Städten und Gemeinden einen geringeren Anteil an unter 18-Jährigen aufweisen, dann gerät ein anderer Aspekt in den Blick: Die größeren Städte üben einerseits vielfach ein Zentrumsfunktion aus, ziehen also im Freizeitbereich die Jugendlichen aus dem Umland an, und sind andererseits im allgemeinen stärker mit sozialen Problemen belastet, die auch und gerade die Kinder und Jugendlichen betreffen. In diesem Licht wird es plausibel, dass größere Städte tendenziell mehr Angebote für Kinder- und Jugendbeteiligung bereitstellen.

Dies lässt sich auch mit einem anderen Befund verknüpfen: In den größeren Städten ist der Anteil an Ausländern unter 18 Jahren höher als in den kleineren Städten und Gemeinden, sodass sich in Bezug auf dieses Merkmal ein deutlicher Zusammenhang für alle Beteiligungsangebote zeigt. Offenbar fördert also der soziale Problemdruck die Einrichtung von Beteiligungsangeboten in den größeren Städten.

Ein weiterer interessanter Zusammenhang besteht zwischen der Arbeitslosenquote und dem Angebot an Beteiligungsprojekten für Kinder und Jugendliche: Kommunen mit einer höheren Arbeitslosenquote – und das sind wiederum die größeren Städte – bieten tendenziell mehr Beteiligungsprojekte an. Auch dieser Befund unterstreicht, dass die größeren Städte stärker mit sozialen Problemen belastet sind als die kleineren, und dieser höhere Problemdruck scheint dazu zu führen, dass eher Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden.

Überraschenderweise konnte kein Zusammenhang zwischen der Finanzkraft einer Kommune (Steuereinnahmekraft) und dem kommunalen Angebot an Kinder- und Jugendbeteiligung bzw. dessen Nutzung gefunden werden. Die Annahme, wohlhabendere Kommunen stellten mehr Mittel für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung, kann daher nicht bestätigt werden.

Tabelle 11: Zusammenhang zwischen der Wertschätzung der Kinder- und Jugendbeteiligung und der Anzahl Angebote

	Anzahl Projekte	Anzahl anderer Angebote	Anzahl Formen der Interessenvertretung	Ausmaß der Nutzung von Angeboten	Zufriedenheit mit der Partizipations-situation
Stellenwert der Kinder- und Jugendbeteiligung im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgabenfeldern	.17	.25	.19	.30	.40

Ist der Stellenwert der Kinder- und Jugendbeteiligung im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgabenfeldern höher, ist auch die Zufriedenheit innerhalb der Kommunalverwaltung mit der Beteiligungssituation größer. Ein ähnlich starker, positiver Zusammenhang ist zwischen dem Stellenwert und der eingeschätzten Nutzung von Beteiligungsangeboten zu verzeichnen. Ebenfalls lässt sich feststellen, dass die Höhe des Stellenwerts der Kinder- und Jugendbeteiligung im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgabenfeldern mit der Anzahl der Angebote für Kinder- und Jugendbeteiligung zusammenhängt. Diese Befunde sind nicht überraschend, aber eine wichtige Bestätigung dafür, dass das Beteiligungsangebot direkt mit seinem Stellenwert innerhalb der Kommunalverwaltung zusammenhängt und nicht mit deren Finanzkraft. Etwas schwächer, aber dennoch positiv ist der Zusammenhang zwischen dem Stellenwert und der Anzahl der stellvertretenden Beteiligungsformen und der Projekte für Kinder- und Jugendbeteiligung.

Überraschend ist, dass, obwohl der Arbeitsschwerpunkt der Kommunen eindeutig in den Projekten angesiedelt ist, die Anzahl der Projekte am schwächsten mit dem Stellenwert korreliert bzw. positiv zusammenhängt: Je höher der Stellenwert, desto wahrscheinlicher ist eine größere Anzahl an institutionalisierten Angeboten oder stellvertretenden Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche.

Wie hängen nun die unterschiedlichen Ressourcen, welche die Kommunen für die Kinder- und Jugendbeteiligung bereitstellen, mit den Strukturdaten zusammen?

Tabelle 12: Zusammenhänge zwischen Strukturdaten und den Ressourcen für Kinder- und Jugendbeteiligung

	Höhe der Finanzmittel	Vollzeitstellen im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung
Anzahl Einwohner	.30	.14
Anteil Einwohner unter 18 Jahren	-.20	-.16
Anteil Ausländer unter 18 Jahren	.18	n.s.
Steuereinnahmekraft	n.s.	n.s.
Arbeitslosenquote	.23	.12

Auch hier gilt, dass Kommunen mit einer größeren Anzahl an Einwohnern tendenziell mehr Geld für Beteiligungsangebote bereitstellen. Größere Städte weisen auch eine höhere Arbeitslosenquote auf. Somit ist der Befund, dass die Höhe der für Beteiligungsangebote zur Verfügung gestellten Finanzmittel mit der Arbeitslosenquote einer Kommune korreliert, nicht überraschend.

Zwischen der Steuereinnahmekraft und dem Budget für Beteiligungsangebote besteht allerdings kein Zusammenhang. Dieses Ergebnis jedoch überrascht: Die Steuereinnahmekraft (und damit die Finanzkraft einer Kommune) spielt offenbar für die Höhe der Finanzbudgets und den Umfang der Vollzeitstellen im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung keine Rolle. Es ist also nicht so, dass wohlhabendere Städte und Gemeinden mehr Mittel für die Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung stellen als weniger finanzstarke Kommunen. Auch zwischen

den anderen Strukturdaten und dem Umfang an Vollzeitstellen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung lässt sich kein Zusammenhang finden. Damit zeigt sich, dass Finanzmittel und Stellenumfang im Bereich von Kinder- und Jugendbeteiligung weitgehend unabhängig voneinander sind.

Tabelle 13: Zusammenhänge zwischen Ressourcen und Angeboten der Kinder- und Jugendbeteiligung wie auch deren Nutzung

	Anzahl Projekte	Anzahl anderer Angebote	Anzahl Formen der Interessenvertretung	Ausmaß der Nutzung von Angeboten
Höhe der Finanzmittel	.35	n.s.	.29	.24
Anzahl der Vollzeitstellen im Bereich Kinder- und Jugendbeteiligung	n.s.	n.s.	.27	n.s.

Mehr Finanzmittel für Beteiligungsangebote gehen vor allem mit einer größeren Anzahl von Projekten und Formen der Interessenvertretungen einher, aber sie erhöhen nicht die (von den Kommunen selber eingeschätzte) Zufriedenheit mit den Angeboten. Ebenfalls hängt mit der Höhe der bereitgestellten Finanzmittel eine intensivere Nutzung der Angebote zusammen.

Anders sieht es mit dem Stellenetat für Beteiligungsangebote aus: Dieser geht ausschließlich mit einer größeren Anzahl von Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche einher, aber nicht mit mehr Projekten oder einer intensiveren Nutzung der Angebote.

Diese Befunde lassen folgende Rückschlüsse auf Mechanismen innerhalb der Kommune zu: Werden einfach höhere Finanzmittel zugesprochen, führt dies in erster Linie zu einer punktuellen und zeitlich nicht stabilen Angebotsverbreiterung (Projekte) und erst in zweiter Linie zu einer Bildung von Angeboten in unmittelbarer oder mittelbarer "Nähe" zur Stadt- oder Gemeindeverwaltung (Interessenvertretungen). Bei höheren Stellenetats steigen die Interessenvertretungen in den Kommunen.

Die Projekte stellen meist in finanzieller Hinsicht und in Bezug auf Stellenanteile eine geringere, da zeitlich befristete, Belastung dar als die institutionalisierten Interessenvertretungen. Eine höhere Korrelation der Projektanzahl (als der Anzahl der Interessenvertretungen) mit der Höhe der Finanzmittel kann so interpretiert werden, dass Projekte leichter finanzpolitisch durchzusetzen sind als Interessenvertretungen. Die Interessenvertretungen sind für die Lokalpolitiker jedoch sichtbarer als Beteiligungsprojekte, die eher an der Peripherie stattfinden. Zudem lassen sich Interessenvertretungen (auch) leichter als Ausweis und Beleg der Stellen, die sich um Beteiligungsfragen in Städten und Gemeinden kümmern, heranziehen. Dies begründet den positiven Zusammenhang zwischen Finanzmitteln und Interessenvertretungen, auch wenn er schwächer ist als der Zusammenhang mit der Anzahl der Projekte. Gestützt wird diese Interpretation auch durch die (von den Kommunen vorgenommene, subjektiv gefärbte) Einschätzung der Nutzung von Beteiligungsangeboten.

4. Zusammenfassung

Die Basiserhebung in 564 Städten und Gemeinden Deutschlands hat sich als eine ergiebige Quelle für einen ersten, wenn auch noch groben Überblick über die Partizipationssituation von jungen Menschen erwiesen. Zugleich bilden die Befunde eine gute Grundlage für die im Anschluss geplante Hauptuntersuchung in rund 40 ausgewählten Städten und Gemeinden, in der ein differenziertes Bild über die Zusammenhänge zwischen dem tatsächlichen Partizipationsverhalten von Kindern und Jugendlichen einerseits und einer Vielzahl von Rahmenbedingungen andererseits gewonnen werden soll. Von den Ergebnissen der Basiserhebung werden im Folgenden die wichtigsten zusammengefasst. Dabei sei vorweg geschickt, dass die Stichprobe der 564 Städte und Gemeinden hinsichtlich ihrer wichtigsten Strukturvariablen ein gutes Abbild der Grundgesamtheit aller deutschen Kommunen darstellt.

- *Beteiligungsangebote der Städte und Gemeinden für Kinder und Jugendliche*

Eine stattliche Mehrheit der befragten Städte und Gemeinden in Deutschland (67,2%) bietet eine oder mehrere Formen der Interessenvertretung für die Anliegen der Kinder und Jugendlichen an. In diesen Formen werden die Anliegen durch Erwachsene wahrgenommen.

Noch mehr Städte und Gemeinden (79,4%) haben Angebote geschaffen, in denen sich die Kinder und Jugendlichen selbst aktiv an kommunalen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können. Dabei dominieren (mit 66,3%) die Projekte. Dagegen spielen die stärker formalisierten Formen, wie z. B. Kinder- und Jugendparlamente, Foren oder "Runde Tische", eine untergeordnete Rolle (24,8% bzw. 23,4% bzw. 12,2%).¹

- *Stellenwert, Nutzung und Zufriedenheit*

Sowohl bei der Erfassung des Stellenwerts und der Nutzung der Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche als auch bei der Erfassung der Zufriedenheit damit streuen die Ergebnisse jeweils um die mittlere Skalenstufe ("gleich wichtig", "mittlere Nutzung" und "zum Teil zufrieden"). Die symmetrischen Verteilungen um den Mittelwert besagen, dass Städte und Gemeinden, die ihre Situation um die Extremwerte (z. B. "sehr wichtig" "sehr unwichtig") herum einschätzen, nicht überrepräsentiert sind. Dies wiederum lässt auf eine gute Stichprobe schließen.

- *Bereitstellung von Ressourcen*

Über 50% der Kommunen stellen weniger als 5.000 Euro für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung. Der meistgenannte Wert liegt sogar unter 1.000 Euro. In diesem Zusammenhang sind auch die personellen Ressourcen für Beteiligung zu betrachten. Durchschnittlich wird eine Vollzeitstelle angegeben, wobei die Hälfte der Kommunen weniger als eine Vollzeitstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Verfügung hat.

¹ Diese Dominanz der projektorientierten Beteiligungsform (im übrigen auch bereits aus einer früheren Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts München bekannt) wird insofern Einfluss auf die Hauptbefragung haben, als ein spezieller Zusatzfragebogen für einzelne Projekte der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen vorzusehen ist.

- *Analyse von Zusammenhängen*

Die Vielfalt und die Anzahl der Beteiligungsangebote in den Städten und Gemeinden hängen einerseits mit deren Größe zusammen und andererseits mit dem Stellenwert, den die Kommunen diesem Bereich zumessen. Kein Zusammenhang aber ergibt sich mit der Finanzkraft der Kommune.

Als vielleicht interessantester Befund schält sich heraus, dass ein breiteres und größeres Angebot an Kinder- und Jugendbeteiligung von denjenigen Städten und Gemeinden bereitgestellt wird, die auch größere soziale Probleme haben. Denn es gibt einen Zusammenhang zwischen der Anzahl von Beteiligungsangeboten und der Arbeitslosenquote wie auch dem Anteil an Ausländern unter 18 Jahren in der Kommune. Je höher die beiden letztgenannten Merkmale sind, umso größer ist auch die Anzahl der Beteiligungsangebote.

Dies schlägt sich auch in einem höheren Budget nieder, das für Beteiligungsangebote zur Verfügung gestellt wird. Andererseits ist dieses Budget – wie auch die Anzahl der Beteiligungsangebote – unabhängig von der Steuereinnahmekraft der Kommune. Die Rückschlüsse über das Budget können nicht auf den Stellenetat für Beteiligungsangebote übertragen werden, da finanzielle und personelle Ressourcen für Beteiligung unabhängig voneinander sind. Allerdings hängen sie deutlich mit der Anzahl der Projekte und der Interessenvertretungen zusammen. Ein höheres Budget für Beteiligungsangebote geht naturgemäß mit einer größeren Anzahl von Projekten und nachgelagert auch mit einer größeren Anzahl von Formen der Interessenvertretung durch Erwachsene einher. Ein höherer Stellenetat geht dagegen nur mit mehr Formen der Interessenvertretung durch Erwachsene einher, da diese im Gegensatz zu Projekten langfristig und kontinuierlich eine personelle Unterstützung benötigen.

Die genannten Merkmale, die auf eine höhere soziale Belastung hindeuten, finden sich vor allem in den größeren Städten. Diese weisen in unserer Stichprobe zwar eine geringere Zahl von unter 18-Jährigen unter den Einwohnern auf, aber sie haben eine höhere Arbeitslosenquote und einen höheren Anteil von Ausländern unter 18 Jahren. Das spricht dafür, dass in diesen größeren Städten auch der soziale (und politische) Problemdruck größer ist – noch verstärkt durch die Zentrumsfunktion, den diese Städte auf das Umland und die dort lebenden jungen Menschen ausüben –, so dass mit einer größeren Zahl und Vielfalt von Beteiligungsangeboten und folglich mit der Bereitstellung von mehr Ressourcen darauf reagiert wird.